

# Der europäische Pakt für die Jugend

## Die Jugendsozialarbeit mischt sich in die Politik der Europäischen Union ein

■ Michael Fährndrich

*Seit einigen Jahren hat die Europäische Union die Jugendpolitik entdeckt. Zahlreiche Programme sollen jungen Menschen in den Mitgliedsstaaten zugute kommen.*

Eine europäische Jugendpolitik war viele Jahre lang deshalb nicht möglich, weil die Europäische Union als Wirtschafts- und Währungsunion konzipiert war. Erste Ansätze gab es in den späten 1980ern durch Mobilitätsprogramme und dort durch den Jugend- und Fachkräfteaustausch, später den Europäischen Freiwilligendienst.

Viele Staaten – darunter auch Deutschland – wehrten sich gegen europäische Vorgaben, die nicht ursächlich mit Wirtschafts- und Währungsfragen zu tun hatten und sich also aus deren Sicht in die Autonomie und internen Angelegenheiten der jeweiligen Mitgliedsstaaten einmischten. Hierzu gehörte insbesondere die Innenpolitik, aber auch die Sozial- und Jugendpolitik. Erst 1999 mit der Ankündigung des Weißbuchs Jugend und 2001 mit dessen Veröffentlichung wurde ein zartes Pflänzchen »Europäische Jugendpolitik« gepflanzt. Seitdem wächst es zwar langsam aber stetig.

Die Europäische Union wurde viele Jahre in jeweils von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat wechselnden sechsmonatigen Ratspräsidentschaften organisiert. Seit neuestem gibt es die Teampräsidentschaft, die drei Mitgliedsstaaten für drei mal sechs, also insgesamt 18 Monate in einer Kooperation bindet. Die Abschlusscommuniqués am Ende der sechsmonatigen Präsidentschaftsperioden tragen meist die Namen der Städte im jeweiligen Land der Ratspräsidentschaft, in denen die Kommissionsmitglieder ihre Beschlüsse bekanntgeben. So gibt es die Amsterdamer Verträge, den Bologna-Prozess, die Verträge von Tampere (damals wichtig für den Flüchtlingsbereich) und schließlich die für die Jugendsozialarbeit bedeutsame Lissabon-Strategie, eine Beschäfti-

gungsstrategie, die die Europäische Union zur »dynamischsten, wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Region der Welt« machen soll.

Es gab in der Folge der Lissabon-Strategie »Nationale Aktionspläne«, den *NAP empl* und den *NAP incl*, also den »Nationalen Aktionsplan Beschäftigung« und den »Nationalen Aktionsplan Inklusion« (Integration). Durch diese Reformpläne sind die EU-Mitgliedsstaaten gezwungen, im Herbst jeden Jahres einen Fortschrittsbericht einzureichen. Anhand dieser Berichte fasst die Kommission den jährlichen Fortschrittsbericht für die jeweilige Märztagung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Dies bedeutet, dass auf der Tagungsordnung des Europäischen Rats nun regelmäßig Jugendthemen auftauchen.

Seit dem Weißbuch Jugend werden diese Zielüberprüfungen im Rahmen der »Offenen Methode der Koordinierung« durchgeführt: Für die Umsetzung des Weißbuchs und des Paktes für die Jugend gibt es keine quantifizierbaren Ziele (benchmarks), sondern qualitative Ziele, die mit Hilfe von Fragebögen oder Fortschrittsberichten bewertet werden.

### »Pakt für die Jugend«

Der »Pakt für die Jugend«, durch einen Briefwechsel zwischen Chirac und Schröder im Herbst 2004 initiiert und am 22. und 23. März 2005 beschlossen, ist zunächst unabhängig vom Weißbuch Jugend entstanden, fügt sich aber in dessen Zielsetzungen ein und benützt als Evaluations- und Strukturelement ebenfalls die »Offene Methode der Koordinierung«. Der Anregung des französischen und deutschen Regierungschefs schlossen sich Spanien und Schweden an. Diese vier Länder umrissen vier Hauptprobleme:

- »1. Die Gefährdung Jugendlicher,
2. die Notwendigkeit der Entwicklung einer generationenübergreifenden So-

Michael Fährndrich ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. in Stuttgart.  
E-Mail faehndrich@bagejsa.de

lidarität in einer alternden Gesellschaft,

3. die Notwendigkeit, Jugendliche mit Hilfe der allgemeinen und beruflichen Bildung auf das Leben vorzubereiten,
4. die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Abstimmung jugendpolitischer Maßnahmen in allen Politikbereichen.«

(Mitteilung der Kommission an den Rat über europäische Politiken im Jugendbereich vom 30. Mai 2005, Brüssel: Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen – Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft)

Es stellt sich die Frage, ob es sich hier wieder einmal um eine Kopfgeburt handelt, um ein theoretisches Konstrukt, das praktisch wenig Relevanz hat, oder ob es tatsächlich etwas bewirkt, wenn europäische Politikerinnen und Politiker Beschlüsse fassen. Die Skepsis, die der Erfahrung geschuldet ist, ist hier nur teilweise berechtigt. So zeigt sich im Folgenden, dass der Pakt für die Jugend in Deutschland zwar keine sensationellen, aber doch erfreuliche Auswirkungen zeitigt.

## Umsetzung, Zielerreichung, Fortschrittskontrolle

Der am 12. Dezember 2006 veröffentlichten Analyse der Europäischen Kommission ist zu entnehmen, dass die ersten Ergebnisse des nationalen Reformprogramms für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland durchaus positiv sind, wenngleich es Bereiche gibt, für die verstärkte Aktivitäten empfohlen werden. Die Kommission empfiehlt Deutschland u. a.

- gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit vorzugehen, indem es u. a. gering qualifizierte Arbeitskräfte im Wege eines besseren Zugangs zu Qualifikationen in den Arbeitsmarkt eingliedert, die vorgeschlagene Reform des Steuer- und Sozialleistungssystems weiterverfolgt und effektivere Arbeitsvermittlungen für Langzeitarbeitslose und junge Arbeitslose einrichtet,
- die Beschleunigung des Prozesses der Gründung junger Unternehmen und Vereinfachung der Anstellung des ersten Beschäftigten,
- die Verbesserung des lebensbegleitenden

den Lernens auf der Grundlage der bestehenden Maßnahmen (einschließlich Weiterentwicklung der Erwachsenenfortbildung zur vierten Säule des Bildungssystems),

- die verstärkte Bereitstellung von Kindertagesstätten.

(Mitteilung der Kommission vom 12. Dezember 2006, IP/06/1742: Kommission bewertet die in Deutschland im Zuge der Reform für Wachstum und Beschäftigung erzielten Fortschritte)

*»Jedem arbeitslosen Schulabgänger soll innerhalb von sechs Monaten eine Arbeitsstelle, eine Lehrstelle oder eine berufsvorbereitende Maßnahme angeboten werden«*

Insgesamt ist festzustellen, dass der Pakt für die Jugend selbst nichts verändert, sondern die Mitgliedsstaaten lediglich zu Veränderungen anregt. Positiv ist sicher, dass die Mitgliedsstaaten jeweils im Herbst im Rahmen der Fortschrittsberichte gezwungen sind, Umsetzungsschritte zu dokumentieren. Auch wenn Deutschland nicht extra für den »Pakt für die Jugend« und die Europäische Kommission Programme auflegt, ist festzustellen, dass die Programme »Zweite Chance für Schulverweigerer«, »Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)«, »Ausbildungsorientierte Elternarbeit im Jugendmigrationsdienst« und »Kompetenzagenturen« seit es den Pakt gibt, vom Bundesjugendministerium wenigstens im Zusammenhang und somit auch als Teil einer Strategie gesehen werden.

Das neue EU-Programm »Jugend in Aktion« ist ein Programm, das neue Möglichkeiten öffnet und deutliche Verbesserung zum alten Programm aufweist. Schließlich ist jedoch der Europäische Sozialfonds mit seinen operationellen Programmen die Möglichkeit für alle Akteure in Bund und Ländern, die Ziele des »Pakts für die Jugend« umzusetzen.

Der EU-Jugendministerrat will »die Jugendpolitik .... in enger Zusammenarbeit mit den jungen Menschen, den im Jugendbereich tätigen Akteuren und den Jugendorganisationen entwickeln«. Aus

diesem Grund müssten Schulen, Behörden, freie Träger und Initiativen vor Ort enger zusammenarbeiten.

»Prioritäten sollen sein:

1. Unterstützung von Jugendlichen im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beschäftigung
2. Entwicklung von lokalen und regionalen Strategien zur Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend
3. Mithilfe von maßgeschneiderten Maßnahmen sollten allen Jugendlichen die

gleichen Chancen auf soziale und berufliche Eingliederung geboten werden.

4. Bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie bedarf es einer sichtbaren Jugenddimension, um die soziale und berufliche Eingliederung junger Menschen zu verbessern.«

(Unveröffentlichte Rede von Dr. Kerig anlässlich der Impulsveranstaltung des Deutschen Forums Jugendsozialarbeit in Berlin am 20. Juni 2007)

Das neue Programm »Jugend in Aktion« ist verglichen mit dem Vorgängerprogramm, obgleich nicht sehr verschieden, in mancher Hinsicht vielfältiger und trägt den in den letzten sieben Jahren gemachten Erfahrungen Rechnung. Insbesondere wurde der »Inklusionsaspekt« verstärkt. In allen Programmteilen wird großer Wert darauf gelegt, dass auch benachteiligte Jugendliche in verstärktem Maß und in größerer Anzahl Teilnehmende und Nutznießer der einzelnen Maßnahmen sind. Dies ist u. a. einer intensiven und nachhaltigen politischen Lobbyarbeit zu schulden, die die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit seit zehn Jahren in Kooperation mit Organisationen der Jugendsozialarbeit in anderen Ländern geleistet haben. Schon am 23. und 24. März 2006 hat der Europäische Rat für die Verbesserung der Situation junger

Menschen auf dem Arbeitsmarkt konkrete Ziele formuliert:

Der Anteil der Schulabbrecher soll bis 2010 auf zehn Prozent gesenkt werden und es soll dafür gesorgt werden, dass mindestens 85 Prozent der 22-Jährigen in der Europäischen Union eine Ausbildung im Sekundarbereich II absolviert haben.

Bis Ende 2007 sollte jedem arbeitslosen Schulabgänger innerhalb von sechs Monaten eine Arbeitsstelle, eine Lehrstelle, eine Weiterbildung oder eine andere berufsvorbereitende Maßnahme angeboten werden; diese Frist sollte bis 2010 nur noch höchstens vier Monate betragen.

- Weitere Fortschritte sind bei den Maßnahmen für junge Menschen, unter anderem bei der Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend, erforderlich.
- Der Europäische Rat regt die Mitgliedstaaten an, Querverbindungen zwischen den politischen Maßnahmen in Bezug auf allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung, soziale Eingliederung und Mobilität zu stärken, damit wirksamere sektorübergreifende Strategien für junge Menschen entwickelt werden können.
- Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden ersucht, die jungen Menschen und die Jugendorganisationen in die Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend einzubeziehen.  
Weitere Aktivitäten im letzten Jahr:
- Der Europäische Rat veröffentlichte im Mai 2007 unter deutscher Ratspräsi-

dentschaft eine Ratsentschließung zur sozialen Integration Jugendlicher.

- Am 5. September 2007 hat die Kommission bereits wieder eine Mitteilung verabschiedet: »Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft«.
- Schließlich erschien im April 2007 eine umfassende Analyse zur Situation von Jugendlichen in Europa samt Empfehlungen für eine entsprechende Politikgestaltung vom Bureau of European Policy Advisors, das große Beachtung gefunden hatte. Der 96-seitige Text fordert u. a. frühere, bessere und sektorübergreifende Investitionen in die Förderung von Kindern und Jugendlichen.

## Ausblick

Schon vor etlichen Jahren hat sich die damalige Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk mit Partnern in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten vernetzt. Der Zusammenschluss OEIL brach nach einer kurzen, erfolgreichen und heftigen Kooperation – insbesondere im Bereich des Europäischen Freiwilligendienstes – wieder auseinander.

Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit hat sich schon früh für die Situation der Jugend in Europa interessiert und Kontakt aufgenommen zu Partnern in anderen europäischen Ländern, insbesondere solchen, die

sich für die Interessen von sogenannten benachteiligten Jugendlichen einsetzen. Insofern hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit von Beginn an das Entstehen einer europäischen Jugendpolitik beobachtet, begleitet und – wo möglich – befördert.

Initiiert hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit den Zusammenschluss der Organisationen der Jugendsozialarbeit in Europa im Y.E.S. Forum (vgl. Kasten). Dieses Forum war zunächst als europäisches Projekt eine virtuelle Plattform, auf der viele Organisationen sich austauschten, gemeinsame Projekte planten und Ideen und Konzepte entwickelten. In den fünf Jahren seit ihrer Gründung sind viele Partner in Europa hinzugekommen, in Deutschland u. a. die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit. Nun wurde eine große europäische Lobbyorganisation daraus, die dazu beiträgt, dass die Jugendsozialarbeit auch zukünftig den Fortgang einer europäischen Jugendpolitik intensiv begleitet und mitgestaltet. ♦

## Y.E.S. Forum – Youth and European Social

Y.E.S. steht für Youth and European Social Work und versteht sich seit seiner Gründung im Jahre 2001 als Forum für einen dauerhaften Dialog über die Belange und Interessen von sozial ausgegrenzten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Jugendlichen in Europa. Grundlage für die Entwicklung von Y.E.S. Forum waren Überlegungen, eine europäische Interessenvertretung für die Jugendsozialarbeit aufzubauen sowie eine Struktur für eine beständige und programmübergreifende transnationale Zusammenarbeit für Organisationen im Bereich Jugendsozialarbeit zu schaffen.

Y.E.S. Forum verfolgt langfristig die folgenden Ziele:

- innovative Ideen und Projekte im Bereich der Jugendsozialarbeit entwickeln und umsetzen
- Erfahrungen, gute Praktiken und vorbildhafte Lösungs-Modelle grenzüberschreitend transferieren und damit Entwicklungsaufwand und unnötige Fehler vermeiden, sowie die Qualität der Angebote steigern
- gemeinsam europäisch denken und arbeiten und damit sowohl zur persönlichen Weiterqualifizierung als auch zum Zusammenwachsen von Europa beitragen
- die Interessen von benachteiligten Jugendlichen auf allen Ebenen besser ins Gespräch bringen

Die Y.E.S. Forum Community, mit Mitgliedern aus 14 europäischen Ländern, versteht sich als Treffpunkt verschiedenartiger Akteure im Bereich der Jugendsozialarbeit in Europa und basiert auf der Nutzung der virtuellen Internet-Dialogplattform [www.yes-forum.org](http://www.yes-forum.org). Die Mitgliedschaft ist automatisch durch den passwortgeschützten Zugang zur Dialogplattform gegeben. Damit verfügt Y.E.S. Forum über ein effektives Informations- und Kommunikationsinstrument, welches auch von transnationalen Projekten im Bereich der Jugendsozialarbeit als virtuelle Arbeitsumgebung genutzt werden kann.

Y.E.S. Forum, Wagenburgstraße 26–28, 70184 Stuttgart,

Telefon 0711 16489-22, Fax 0711 16489-21, E-Mail [yes-info@yes-forum.org](mailto:yes-info@yes-forum.org), Internet <http://www.yes-forum.org>

»Die Bildungsaufgaben bestehen zum einen in der Erziehung der Jugend, zum andern in der Unterrichtung und Ausbildung von Menschen jeden Alters.«

Adam Smith, schottischer Philosoph und Nationalökonom (1723–1790)

»Falsch ist jede Tätigkeit,  
die die Fähigkeiten des Ausübenden nicht steigert.«

Ludwig Hohl, Schweizer Schriftsteller (1904–1980)

»Das große Ziel der Bildung ist nicht Wissen sondern Handeln.«

Herbert Spencer, englischer Philosoph und Soziologe (1820–1903)

»Erziehung ist organisierte Verteidigung  
der Erwachsenen gegen die Jugend.«

Mark Twain, amerikanischer Schriftsteller (1835–1910)

»Man kann seinen Beruf auch verfehlen, indem man ihn ausübt.«

Karl Heinrich Waggenerl, österreichischer Schriftsteller (1897–1973)

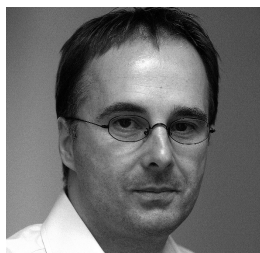
»Es ist tragisch, dass so viele  
gut aussehende junge Männer ins Leben treten,  
um in einem nützlichen Beruf zu enden.«

Oscar Wilde, irischer Schriftsteller (1854–1900)

»Lernort Segelschiff: Teamtraining für Manager,  
Schwererziehbare und andere Problemgruppen«

Vorlesungsankündigung des Forums Psychologie und  
Erwachsenenbildung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität  
Frankfurt am Main (Wintersemester 1995)

## Monitoring: Bewegungsmelder der Sozialen Arbeit



»Die Idee der Bürgergesellschaft wäre gescheitert, käme sie über bloßes staatsergänzendes und staatsentlastendes Handeln nicht hinaus. Denn sie ist mehr als die Addition von Spendensummen, ehrenamtlicher Arbeit und gemeinnützigen Organisationen. Analog zum marktlichen Steuerungsideal der Konsumenten-souveränität, wäre die Orientierung an einer Bürgersouveränität als letztgültigem »Regler« gesellschaftlicher Prozesse, das Steuerungsideal für eine auf Selbstorganisation basierende Bürgergesellschaft.«

Dr. Stefan Nährlich, Geschäftsführer Aktive Bürgerschaft e. V., in den Blättern der Wohlfahrts-pflege 4/2007

In der Rubrik »Monitoring« nehmen Autorinnen und Autoren einzelne Arbeits- und Themenfelder der Sozialen Arbeit in den Blick um zu untersuchen, was sich dort Neues tut oder warum dort Praxis und Theorie auf der Stelle treten. Die Artikel sind eine aktuelle Ergänzung zu den wechselnden Schwerpunktthemen aus der Sozialen Arbeit in den Blättern der Wohlfahrtspflege. Eine Übersicht der bisherigen Beiträge in der Rubrik »Monitoring«:

### Ein Masterplan für die kreative Stadt

Für eine Wiedergewinnung des Demokratischen

Von Konrad Hummel

*Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007*

### Die Macht des Lokalen

Social Entrepreneurship, das Konzept der Verwirklichungs-chancen und sozialer Mehrwert in der Sozialplanung

Von Veronika Hammer

*Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007*

### Großer Aufholbedarf

Zum Verhältnis sozialer Selbsthilfe und Sozialer Arbeit

Von Martin Stummbaum

*Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007*

### Sorgenkind lokale Ökonomie

Ergebnisse der dritte Befragung in den Programmgebieten der »Sozialen Stadt«

Von Christa Böhme und Thomas Franke

*Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007*

### Orientierungslos, mutlos, machtlos

Die Idee der Bürgergesellschaft hat es noch nicht zum gesell-schaftlichen Leitbild geschafft – Das liegt auch an uns selbst

Von Stefan Nährlich

*Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007*

### Synergielösungen für Sozialräume

Plädoyer für Fusionen kleiner Träger

Von Armin Wöhrle

*Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007*

### Das Betreuungsgesetz droht zu scheitern

Erforderlich sind eine konsequente Professionalisierung, mehr Kompetenzen für die Betreuungsbehörden, obligatorische So-zialgutachten sowie eine regelmäßige Berichterstattung

Von Wolf Crefeld

*Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007*

### Wider die Individualisierung der Selbsthilfe

Karriere eines strapazierten Begriffs – Beispiel: Selbsthilfe Wohnungsloser

Von Stefan Gillich

*Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007*

### Auf der Suche nach der guten Praxis

Die Qualitätsentwicklung in der Sozialen Arbeit – ein Über-blick

*Der Jahresbezugspreis beträgt 58,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 29,- Euro).*

*Die Einzelhefte können zum Preis von 13,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden bei:*

*Nomos Verlagsgesellschaft, 76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-39, Fax 07221 210443,*

*E-Mail [hobmann@nomos.de](mailto:hobmann@nomos.de)*

Von Andrea Buckley und Karl-Heinz Boeßenecker

*Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007*

### Distanzierte Nähe

Wie Wohlfahrtsverbände und traditionelle Milieus in Ost-deutschland (nicht) in Beziehung stehen

Von Peter-Georg Albrecht

*Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007*

### Was Fachkräfte wissen müssen

Der Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit

Von Peter Buttner und Ulrich Bartosch

*Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007*

### Das Format mit Inhalt füllen

Interview mit Wolf Rainer Wendt zum »Qualifikationsrah-men Soziale Arbeit«

*Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007*

### Eltern stützen, Kinder schützen

Nach den Gesetzesänderungen:

Wie zukunftsfest ist das Kinder- und Jugendhilferecht?

Von Johannes Münder

*Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007*

### Alles wird zur Dienstleistung

Die wirkungsorientierte Finanzierung von Jugendhilfe

Von Benjamin Landes

*Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007*

### Schulsozialarbeit braucht mehr Rechte

Ein Berufsfeld der Sozialen Arbeit zwischen Lerntradition und Lebenswelt

Von Susanne Hartmann-Hanff

*Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007*

### Qualitätssicherung zivilisiert den Wettbewerb

System und Arbeitsfelder im Vergleich

Von Roland Schmidt

*Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006*

### Indikatoren gesucht

Neue Ansätze zur Integrationssteuerung in Deutschland

Von Kristin Schwarze

*Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006*

### Die armen Kinder

Junge Menschen als die unsichtbaren Verlierer von Hartz IV

Von Gerda Holz

*Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006*